

Auf Übergangsstrategie soll der Regelfall folgen

Von Gabriele Rataj

Petershagen-Eggersdorf (MOZ) Nach einer Investitionspause im Straßenbau sollen unbefestigte Anliegerstraßen künftig grundhaft ausgebaut werden. Dazu soll der Bürgermeister ein Programm erarbeiten, wie das bis zum Jahr 2020 erfolgen sollte.

Der Donnerstag nach kontroverser Debatte mehrheitlich zustande gekommene Beschluss zur weiteren Strategie im Straßenbau setzt erst nach einer Atempause wieder an. Begründet ist diese durch die in den nächsten Jahren vorrangig auf Kita, Schule, Kultur und Sport gerichteten Investitionen.

Steht später wieder der Straßenbau im Vordergrund, dann soll er entsprechend gesetzlichen Bestimmungen zum grundhaften Ausbau erfolgen (beitragspflichtig) und unbefestigte sollen dabei den Vorrang vor Straßen in schlechtem Zustand haben. Nur in begründeten Einzelfällen soll davon abgewichen werden.

Darüber hinaus beauftragte die Gemeindevertretung den Bürgermeister, auf dieser Basis und Grundlage der Straßenausbaukonzeption ein Grob-Programm zu erstellen (Zeiten, Kosten, Beiträge), wie der restliche Teil unbefestigter Straßen bis zum Jahr 2020 geschafft werden kann. Das sind noch etwa 40 Kilometer.

Das geschieht vor dem Hintergrund des in den Vorjahren aufgelegten „Not“-Programms der Gemeinde. Angesichts der anfangs zirka 80 Kilometer unbefestigten Straßen war damals mehrheitlich ein provisorischer Straßenbau befürwortet worden (nicht beitragspflichtig). So sollte ein Netz befestigter Straßen entstehen, das von jedem Grundstück aus in maximal 300 Metern Entfernung erreicht werden kann. Das ist erfolgt.

Allerdings ergaben und ergeben sich aus diesem Vorgehen Ungleichbehandlungen in der Beitragspflicht von Anliegern, wie sie von Gemeindevertretern wie Klaus-Dieter Hamann immer wieder heftig kritisiert worden sind. So auch Donnerstag. Man müsse nach der Übergangsstrategie aber wieder zum Regelfall übergehen, plädierte der Vorsitzende des Ortsentwicklungsausschusses Uwe Bendel für das im Ausschuss mehrfach ausführlich öffentlich diskutierte Strategiepapier.

Christine Schliebs (SPD) fühlte sich dagegen überrumpelt. Das sei der klassische Fall für die neu in einer Satzung verankerte Einwohnerunterrichtung, stellte sie fest und beantragte sie. Auch Rita Schmidt (SPD) sah das ähnlich und wollte zusätzlich den Status des Straßenzuges Gravenhain-/Elbe-/Waldfriedenstraße als Durchgangsstraße aufheben. Beide Anträge erhielten jedoch keine Mehrheit.

Ebenso wie Heiko Krause (FDP) betonte dagegen Peter Krischker (Linke), dass das vom Bürgermeister zu erarbeitende Ausbauprogramm die Grundlage für weitere intensive Diskussionen mit den Bürgern sei. Eines allerdings sei auch dann nicht gegenstandslos, so **Burkhard Paulat**: die entstandene Ungleichbehandlung. Doch ein neuer Weg basiere auf veränderten Voraussetzungen.

Samstag, 21. November 2009